

P R E S S E M I T T E I L U N G

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bitte Sie nachfolgende Pressemitteilung zu veröffentlichen.

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit unter +49 177 3471510 zur Verfügung.

BSW-Landesvorsitzender Klaus Ernst zur Krise bei ZF Friedrichshafen

Friedrichshafen / München, 22. Juli 2025 – Mit scharfer Kritik reagiert der bayerische Landesvorsitzende des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), Klaus Ernst, auf die aktuellen Entwicklungen beim Automobilzulieferer ZF Friedrichshafen. Das Unternehmen hatte zuletzt mit Massenprotesten der Belegschaft, einem massiven Vertrauensverlust gegenüber dem Vorstand und Unsicherheit über die Zukunft zahlreicher Arbeitsplätze zu kämpfen.

„Ein Vorstand wie bei ZF, der in einer solchen Situation gegen die Mitarbeiter durchregieren will, wird seiner Verantwortung in keiner Weise gerecht“, erklärte Ernst heute in München. Er äußerte sein volles Verständnis für die Empörung der Beschäftigten und die Proteste: „Der Belegschaft und dem Betriebsrat wünsche ich den besten Erfolg bei ihren Aktionen.“

Klaus Ernst, selbst langjähriger Gewerkschafter und Arbeitsmarktexperte, kritisierte das Management scharf für fehlende strategische Antworten:

„Den Vorstand fordere ich auf, rasch Vorschläge für eine Auslastung der Produktion bei ZF zu machen, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Bestbezahlte Schönwetter-Kapitäne haben wir in Deutschland schon genug!“

Bayerische Standorte besonders betroffen

Auch in Bayern ist ZF mit mehreren Standorten präsent – etwa in Schweinfurt, Passau oder Auerbach in der Oberpfalz. Diese Werke sind nicht nur bedeutende Arbeitgeber in ihren Regionen, sondern auch technologische Zentren im Bereich Antriebstechnik und Elektromobilität. Die Unsicherheit über die künftige Ausrichtung des Konzerns trifft dort auf große Sorge um Arbeitsplätze und die Zukunft ganzer Wirtschaftsstandorte.

„Gerade für Regionen wie Unterfranken, Niederbayern oder die Oberpfalz wäre ein Arbeitsplatzabbau bei ZF ein schwerer Schlag“, betont Ernst. „Diese Standorte brauchen Investitionszusagen, keine Sparprogramme. Die Beschäftigten haben ein Recht auf Planungssicherheit – und die Regionen auf wirtschaftliche Stabilität.“

BSW fordert industriepolitisches Umdenken

Die Situation bei ZF steht exemplarisch für die industriepolitischen Herausforderungen in Deutschland: Strukturwandel, Digitalisierung und geopolitische Verwerfungen treffen auf ein Management, das oft auf kurzfristige Rendite statt nachhaltige Transformation setzt.

„Wir brauchen eine aktive Industriepolitik, die Wertschöpfung in der Region hält und nicht blind auf Verlagerung und Personalabbau setzt“, so Ernst weiter.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht fordert seit Langem eine Strategie für den Erhalt industrieller Kerne in Deutschland – insbesondere für die Automobil- und Zulieferindustrie, die für hunderttausende Arbeitsplätze steht.

„Wenn Unternehmen wie ZF keine Perspektiven bieten, ist es Aufgabe der Politik, aktiv zu werden – für Beschäftigungssicherung, Qualifizierung und Investitionen in zukunftsfähige Produktion“, so Ernst.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Siebicke
Pressesprecher des BSW Bayern